

Im Überblick ...

Jürgen Clemens

Musharraf greift nach mehr Macht

Inmitten der Wahlvorbereitungen werden Präsident Musharraf Pläne zugeschrieben, seine Macht als Staatspräsident durch Verfassungsänderungen zu Lasten des Premierministers auszubauen. Mehrere Bürgerrechtsgruppen haben die Pläne, den Premierminister und das Kabinett als Präsident selbst bestimmen und absetzen zu können, heftig kritisiert, da dies den Demokratisierungsprozeß unterlaufen würde. Einige der Oppositionsparteien lehnen solche Pläne ebenso ab und fordern vielmehr den Rücktritt Musharraf. Sie hatten auch die Teilnahme an Beratungen über die pakistanisch-indische Grenzkrise abgelehnt, solange Musharraf im Amt bleibe.

Weitere Details zu den Plänen Musharraf verweisen auf eine kürzere Amtszeit für Nationalversammlung und Premierminister von vier statt zuvor fünf Jahren. Darüberhinaus soll ein zehnköpfiger *National Security Council* (NSC) mit wichtigen Entscheidungsfunktionen unter Leitung von General Musharraf eingerichtet werden. Zukünftig soll auch das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre reduziert werden.

Politische Beobachter erwarten den Erlass der Verfassungsergänzung vor den im Oktober geplanten Wahlen. Nach Kommentaren von Regierungssprechern sind die nun bekanntgewordenen Pläne momentan nur Vorschläge, welche im Verlauf des nächsten Monats im Kabinett besprochen werden.



Musharraf unter Druck militanter Gruppen

Nach Berichten der *Los Angeles Times* wird Pervez Musharraf derzeit von drei militanten Gruppen unter Druck gesetzt, die alle in der Lage seien, ihn mit Gewaltanwendungen zu entmachten. Unter politischen Beobachtern der pakistanischen Innenpolitik werden demnach offen Alptrauenszenarien entwickelt, wonach sich die drei wesentlichen militanten Strömungen trotz ihrer Differenzen zusammenschließen und mit *Al Qaida*-Kadern Kontakt aufnehmen könnten, um sich schließlich gemeinsamen Zielen widmen zu können. Hierzu zählen die Entmachtung Musharraf, dem wichtigsten US-Alliierten im Kampf gegen den Terrorismus, die Destabilisierung des Landes und das Vertreiben der Vereinigten Staaten aus der

Region. Der Zeitungsbericht benennt zwar die Gruppen nicht ausdrücklich, zählt aber sowohl Pakistani, welche zuvor auf Seiten der Taliban in Afghanistan gekämpft hatten, als auch eine Gruppe, die für eine Eroberung ganz Kashmirs kämpfte, auf - beides frühere Alliierte der Regierung und des Militärapparates von Musharraf. Hinzu komme eine Extremistengruppe aus der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit, die schon lange in Opposition zu Musharraf stehe. Die innenpolitischen Gefahren dieser neuen Lage zeigen sich spätestens seit den innenpolitischen Maßnahmen der Regierung zur Beilegung der Krise mit Indien um Kashmir, wie die Inhaftierung von Extremisten oder die Eindämmung von Grenzübertritten in den indischen Teil Kashmirs.

Musharraf gewinnt umstrittenes Referendum

Der Ausgang des von General Musharraf angesetzten Referendums stand nie in Frage, den die oppositionellen Kräfte lehnten eine Beteiligung an dieser - nach ihrem Verständnis - nicht mit der Verfassung vereinbaren Abstimmung ab. Doch noch vor den ersten Ergebnismeldungen wurde das Verfahren vom Streit über die Wahlbeteiligung und den Wahlausgang überschattet. Die offizielle Wahlkommission verkündete eine Wahlbeteiligung von 43,9 Millionen Menschen, von denen wiederum 42,8 Millionen Musharraf bestätigten hatten. Doch zeigten sich Unstimmigkeiten gegenüber den Daten der Regierungsbehörde für die Registrierung von Menschen (*Nadra*), so daß keine weiteren offiziellen Wahlergebnisse bekannt gegeben wurden. Frühere Angaben der Wahlkommission beliefen sich auf insgesamt 61,93 Millionen Wahlberechtigte, so dass die Wahlbeteiligung bei rund 70 Prozent gelegen hätte und somit höher als bei allen vorherigen Wahlen gewesen wäre. *Nadra*-Fortschreibungen der Volkszählung von 1998 belaufen sich aber für alle Menschen über 18 Jahren auf 78,3 Mil-

lionen. Daraus würde sich eine Wahlbeteiligung von etwa 56 Prozent errechnen.

Entgegen den offiziellen Kommentaren bewerteten Oppositionspolitiker den Ausgang der Abstimmung als Erfolg der demokratiebewußten Menschen, da die Ergebnisse für Musharraf sehr niedrig seien. In der Presse gab es zudem Berichte über verwaiste Wahllokale. Besonders harte Kritik übte die unabhängige pakistanische Menschenrechtskommission (HRCP), derzufolge viele der Wahlgänger, vor allem Angehörige des Öffentlichen Dienstes, nicht freiwillig an die Urnen gegangen seien. Zudem hätte viele Wahlgänger ihre Stimme beliebig oft abgeben können.

Von offizieller Seite wurde diese Vorwürfe jedoch als unzutreffend zurückgewiesen oder als Einzelfälle bagatellisiert. Somit wurde General Musharraf nach eigener Lesart für weitere fünf Jahre im Amt des Präsidenten bestätigt. Doch auch wohlwollende Beobachter befürchten, daß er durch die unaufgeklärten Unstimmigkeiten bei dieser Abstimmung an Ansehen und politischen Kredit verloren haben könnte.

Indische Aufklärungsdrone über pakistanischem Territorium abgeschossen

Nahe Kasur wurde Anfang Juni ein unbemanntes indisches Aufklärungsflugobjekt von der pakistanischen Regierung abgeschossen. Dieser Abschuss wurde von indischer Seite mit dem Verweis bestätigt, daß die Drone außer Kontrolle geraten und die Verletzung des pakistanischen Luftraumes unbeabsichtigt erfolgt sei.

Die Wrackteile wurden analysiert und als Teile einer israelischen Drone vom Typ *Searcher Mk II* identifiziert. Nach pa-

kistanischen Erkenntnissen beschafften die indischen Streitkräfte 25 dieser Dronen der vierten Generation mit empfindlichen Sensoren und Datendirektübertragung im Wert von je 1,5 Millionen US-Dollar. Pakistanische Sprecher sehen darin einen direkten Beweis für die israelisch-indischen Waffenlieferungen und verweisen auf Niederlassungen einschlägiger israelischer Unternehmen in Delhi.

US-Aufklärungsdrone über Beluchistan abgestürzt

Nahe Jacobabad stürzte Mitte Mai eine Drone der US-Luftwaffe über unbewohntem Gebiet ab, nachdem sie außer Kontrolle geraten war und in der Luft explodierte. Nach Armeeberichten wurden keine Schäden angerichtet. Die Absturzstelle wurde jedoch weiträumig abgesperrt.

Friedensdemonstration gegen Kriegsgefahr

Nach Aufrufen eines Bürgerkomitees für Frauenrechte, *Citizens Action Committee for Women Rights*, sowie verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Bürgerrechtler, beteiligte sich eine große Zahl von Menschen an einer Friedensdemonstration in Hyderabad (Sindh) gegen die drohende Kriegsgefahr zwischen Indien und Pakistan. Frieden, so eine dort verlesene Deklaration, sei die Grundvoraussetzung für die Wohlfahrt der Menschen und bedürfe vor allem der Schaffung einer gerechten Zivilgesellschaft.

Pakistan kündigt Raketentests an - Reaktionen

Am 24. Mai informierte die pakistanische Regierung das Nachbarland Indien sowie weitere Staaten wie die USA und den Iran, daß innerhalb einer Woche Raketentests geplant seien. Diese wurden von Regierungssprechern ausdrücklich nicht mit der Zuspitzung der Grenzkonflikte in Verbindung gebracht. Darüberhinaus habe Pakistan auf frühere indische Raketentests nicht mit eigenen Waffenversuchen reagiert.

Von indischer Seite wurde die Benachrichtigung über Versuche mit Kurz- und Mittelstreckenraketen bestätigt und als

Keine Bitte um Aufgabe der US-Luftwaffenstützpunkte

Informationsminister Nisar Memon widerlegte Gerüchte, wonach die pakistanische Regierung die Vereinigten Staaten gebeten haben soll, ihre Stützpunkte auf pakistanischem Territorium aufzugeben. Vielmehr unterstütze Pakistan die USA weiterhin voll im Kampf gegen den Terrorismus. Im Frühjahr war es wiederholt zu Raketenabschüssen nahe den US-Luftwaffenbasen in Pakistan gekommen und militante Gruppen fordern den Abzug der amerikanischen Truppen.

Pakistan zieht UN-Truppen aus Sierra Leone zurück

Aufgrund der Grenzkonflikte mit Indien hat Pakistan sein in Sierra Leone stationiertes UN-Friedenstruppenkontingent in Stärke einer Brigade zurückbeordert. General Pervez Musharraf hatte dies nach Regierungsangaben zuvor offiziell beim UN-Generalsekretär Kofi Annan beantragt und mit der inneren und äußeren Bedrohungslage begründet.

Routinemaßnahmen bewertet; vielmehr seien diese Tests an das pakistanische Publikum adressiert. Die wirklichen Gefahren für eine Zuspitzung der Grenzkonflikte gingen demgegenüber vom Terrorismus und dessen pakistanischer Unterstützung aus.

Die Regierung der USA reagierte enttäuscht auf die pakistanischen Raketentestankündigungen. Vielmehr sollten beide Konfliktparteien während dieser Krise alle Maßnahmen, insbesondere weiteres Wettrüsten, unterlassen, was zu einer weiteren Zuspitzung führen könne.

Folgen der jüngsten Bombenanschläge

Nach den Bombenanschlägen auf die Kirche in Islamabad sowie vor dem *Sheraton*-Hotel und dem US-Konsulat in Karachi werden drastische wirtschaftliche Einbußen für Pakistan erwartet. Dies wird nach Schätzungen insbesondere die Pläne zur Privatisierung großer staatlicher Unternehmen im Öl- und Gassektor unterlaufen und damit die Staatseinnahmen empfindlich beschneiden.

So fand die jüngst geplante Reise einer US-Handelsdelegation mangels Anmeldungen nicht statt. Trotz offizieller Unterstützung durch Präsident Bush für privatwirtschaftliche Investitionen im pakistanischen Öl- und Gassektor wirkten die Reisewarnungen des US-Außenministeriums kontraproduktiv. Selbst staatliche Außenhandelsgarantien, die erstmals seit 1990 wieder für US-Investoren in Pakistan eingerichtet wurden, bleiben ungenutzt.

Auch europäische Anlageberater warnen nach US-Presseberichten vor Investitionen in Pakistan. Somit wird den Reisen pakistanischer Unternehmer und Politiker an den Arabischen Golf, nach Europa oder Südostasien zur Bewerbung der zu privatisierenden Firmen vor allem des Energiesektors trotz oftmals günstiger Entwicklungsaussichten und Wachstumsraten kein Erfolg zugetraut.

Zwischenzeitlich melden Hotels sowie Wirtschaftsverbände in Karachi und in anderen Städten Pakistans Buchungsstornierungen vor allem von Geschäftsreisenden und befürchten rückläufige Exportorders. Die jüngsten Anschläge destabilisieren nach Einschätzung von Wirtschaftsverbänden die pakistanische Wirtschaft und insbesondere das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA. Deshalb werden von der Regierung deutliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit gefordert.

An der Börse in Karachi führten die ersten Nachrichten über den Bombenanschlag auf das US-Konsulat zu Panikreaktionen. Somit erfuhren Börsenspekulationen unmittelbar vor Bekanntgabe des neuen Haushaltes einen deutlichen Dämpfer. Jedoch waren die Indexverluste zum Ende des Börsenhandelstages mit 16 Punkten im Minus eher moderat.

Pakistanische Raketentests

In den Stammesgebieten Beluchistans wurde am 25. Mai eine *Hatf-V*-Mittelstreckenrakete erfolgreich getestet. Nach den Tests verteilten die mehr als 50 Waffentechniker des *Kabuta Research Laboratory* und des *National Defense Complex* Süßigkeiten an die umliegende Bevölkerung, nachdem diese an den Tagen zuvor weitläufig vom Testgebiet abgesperrt worden war.

Der Abschluß der *Hatf-V* war der dritte Test der Boden-Boden-Raketen mit Reichweiten von 1.600 Kilometern aus der *Ghauri*-Serie, welche 1998 begannen. Die jüngsten Tests folgen letztlich auch indischen Testabschüssen der Kurz- und Mittelstreckenraketen *Agni-I* und *Agni-II* sowie indisch-russischen Überschall-*Cruise-missile Brahmos* im Januar und April 2002. Schon im Februar 2002 testete Pakistan die taktische Boden-Boden-Rakete *Hatf-I* mit Reichweiten von bis zu 100 Kilometern.

Die *Hatf-V*-Rakete wurde nach Presseberichten schon in der Armee eingeführt und kann auch von Schiffen eingesetzt werden. Die erfolgreichen Tests werden als Beweis für Pakistans technologische Kompetenz betrachtet und unterstreichen damit das Festhalten an einem Mindestmaß an atomaren Abschreckungspotentialen.

Einen Tag nach dem *Hatf-V*-Test erfolgte durch das Militär der erfolgreich bewertete Testabschluß der erst kürzlich entwickelten Boden-Boden-Rakete kurzer Reichweite (290 km), *Hatf-III (Ghazi)*. Nach Einschätzung militärischer Stellen wird mit der *Hatf-III* die fehlende „strategische Tiefe“ Pakistans gegenüber dem indischen Nachbarn im Osten bedeutungslos. Den Abschluß fand die Raketentestserie am 28. Mai mit dem erstmaligen Abschluß der Kurzstreckenrakete *Hatf-II (Abdali)*, einem Waffensystem mit einer Reichweite von 180 Kilometern. Ob diese getesteten Kurzstreckenraketen jedoch schon in der Armee eingeführt wurden, blieb gegenüber der Presse offen.

Pro-Pakistan-Koalition für Lobbyarbeit in USA gegründet

In den USA haben sich fünf große pakistanisch-amerikanische Organisationen, *Pakistani Physicians of North America*, *Council on Pakistani American Affairs*, *Pakistan American Congress*, *Pakistan American Democratic Forum* und *Pak-PAC*, zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um pakistanische Interessen gegenüber der indischen Propaganda in den USA Gehör zu verschaffen. Pressemitteilungen kündigten Friedensdemonstrationen in allen wichtigen US-Städten an, um auf den drohenden Atomkrieg in Südasien hinzuweisen. Darüberhinaus sollen Ansätze zur nuklearen Abrüstung in Südasien und insbesondere zur Beilegung der Kashmir-Kontroverse erarbeitet werden. Diese Lobbyarbeit zielt vor allem auf die US-Regierung mit Präsident Bush und Außenminister Powell und betont die Unterstüt-

zung Pakistans auf Seiten des Westens während des Kalten Kriegs gegenüber der prosovjetschen Politik Indiens. Zudem fordert das Bündnis die Verurteilung extremistischer Hinduorganisationen, wie der *Vishva Hindu Parishad*, *Shiv Sina*, *Rashtria Sevak Sangh* oder *Bajrang Dal* als terroristischer Vereinigungen, da ihnen die systematische Gewalt gegen Christen und Muslime in Indien zur Last gelegt wird.

Darüber hinaus hat das *American Muslim Political Coordination Council*, eine Dachorganisation von vier führenden muslimischen politischen Gruppen in den USA seine Unterstützung der kashmirischen Selbstbestimmung bekräftigt und fordert die Bush-Regierung sowie die Vereinten Nationen auf, eine aktive Rolle zur Vermittlung in diesem Konflikt einzunehmen. □



Päsident Musharraf - Ritter ohne Furcht und Tadel (Foto: Outlook)

Trilaterales Abkommen über Gaspipeline und Infrastrukturmaßnahmen unterzeichnet

Pakistan, Turkmenistan und Afghanistan unterzeichneten Ende Mai ein gemeinsames Abkommen über den Bau einer Gaspipeline vom turkmenischen Daulatabad zum Tiefseehafen im pakistanischen Gwadar. Die Präsidenten Pervez Musharraf und Saparmurat Niyazov sowie Hamid Karzai als Vorsitzender der afghanischen Übergangsregierung vereinbarten neben dem Bau der 1.500 Kilometer langen Pipeline auch Absichtserklärungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur - Straßen- und Eisenbahnverbindungen - und

zur Verbesserung des Handels in Zentralasien. Zu diesem Zweck wurden separate Arbeitsgruppen eingerichtet.

Diese Vereinbarungen basieren auf technischen Voruntersuchungen, welche schon vor einigen Jahren erfolgreich abgeschlossen wurden. Aufgrund der unsicheren innenpolitischen Lage in Afghanistan konnten die Arbeiten jedoch noch nicht begonnen werden. Für Afghanistan belaufen sich die geschätzten Einnahmen aus dem Pipelinebau auf rund 300 Millionen US-Dollar.

Trans-Pakistan-Handel in Richtung Afghanistan

Die pakistanische Regierung wird bis auf weiteres den indisch-pakistanischen Handel auf dem Landweg über den Grenzposten Wagah im Punjab nicht zulassen. Ein entsprechendes Anliegen der afghanischen Übergangsregierung wurde nach Presseberichten abgelehnt. Jedoch sei der

Transit für afghanische Ausfuhren nach Indien ohne weiteres denkbar. Für Importe nach Afghanistan bietet Pakistan jedoch die Möglichkeit an, chinesische Güter über den Khunjerab-Pass nach Afghanistan zu transportieren.

IWF-Überweisung von 109 Millionen US-Dollar zugesagt

Die jüngste Mission des Internationalen Währungsfonds schloß ihren Pakistanbesuch mit der Empfehlung an Aufsichtsrat des Fonds ab, die dritte Tranche der *Poverty Reduction Growth Facility* (PRGF) über 109 Millionen US-Dollar Ende Juni an Pakistan zu überweisen. Im März dieses Jahres hatte das Land die vorherige Rate in Höhe von 107 Millionen US-Dollar erhalten. In Pakistan erbrachten die Prüfungen der Finanzberichte für das zweite und dritte Quartal des Haushaltsjahres 2001-2002 das Ergebnis, daß die pakistanischen Strukturreformen dem erstellten Strategiepapier zur Armutsbekämpfung entsprechen. Offen blieben Details hinsichtlich der tolerierten Spannen für reduzierte Staatseinnahmen oder für das Haushaltsdefizit. Hintergründe sind unter anderem die wegen der aktuellen Spannungen erhöhten Militärausgaben sowie geringe Zoll- und Steuereinkünfte aufgrund reduzierter Warenimporte.

Himalayaweiter Wasserdatenaustausch

Auf Initiative der *World Meteorological Organization* soll in den fünf Himalayastaaten ein hydrologisches Messnetz - *Hydrological Cycle Observation System* (Hycos) - eingerichtet und die Daten intern ausgetauscht werden. Bislang muß Pakistan auf die Bereitstellung indischer Wetterdaten für das Induseinzugsgebiet warten. Zukünftig sollen die relevanten Daten automatisch übermittelt und per Datenbank, auch über das Internet, abrufbar sein.

Wechsel in der Führung des Außenministeriums

Aufgrund gesundheitlicher und persönlicher Gründe trat Abdul Sattar vom Amt als Außenminister zurück und wurde am 22. Juni vom vorherigen Außenstaatssekretär Inamul Haq als Staatsminister im Außenministerium abgelöst. Der 61-jährige Inamul Haq ist Diplomat und war als Botschafter in der Türkei, in China sowie bei den Vereinten Nationen in New York eingesetzt.

Bombenanschlag vor dem US-Konsulat in Karachi

Die Explosion einer Autobombe unmittelbar vor dem US-Konsulat in der pakistanischen Wirtschaftsmetropole Karachi forderte am 14. Juni nach Polizeiberichten zehn Tote und 51 Verletzte, auch unter dem zahlreichen Wachpersonal vor dem Konsulat. Neben dem Bombenkrater führte die Explosion im Umkreis eines Kilometers zu Schäden an Autos, Häusern und vor allem Fensterscheiben.

Nach ersten Polizeiuntersuchungen wurde die Autobombe, die vermutlich in einem Fahrschulfahrzeug mit vier Frauen versteckt war, durch eine Fernsteuerung gezündet.

Noch am Abend des Anschlages wurden der Presse nach eigenen Angaben Bekennerschriften der bis dahin unbekannt militanten Gruppe *al-Qanoon* zugespielt. Diese Kopien beinhalteten zugleich die Warnung vor weiteren Anschlägen gegen Amerikaner, deren Verbündete und Mitglieder der pakistanischen Regierung. Der Polizei lagen diese Bekennerschriften jedoch nicht vor.

Pakistan zahlt für indische Wasserdaten

Bei bilateralen Verhandlungen wurde vereinbart, daß Pakistan für die Bereitstellung indischer Abflußdaten, welche für die regelmäßige Abschätzung potentieller Überschwemmungen und zu Bewässerungszwecken benötigt werden, eine Gebühr von 1,8 Millionen US-Dollar zahlen wird. Die indischen Forderungen beliefen sich zuvor auf 3,5 Millionen US-Dollar. Nominelle Gebühren für den Datentransfer wurden im Indus-Wasservertrag von 1960 vereinbart. Pakistanische Delegierte werden jedoch zitiert, daß sie es als „gute Geste“ Indiens verstünden, wenn solche elementaren Daten kostenlos bereitgestellt würden, wie dies nach 1989 üblich gewesen sei. Die indischen Daten werden wie zuvor einmal täglich per Telefon sowie dreimal täglich über *Radio Jammu* übermittelt, wobei Angaben über die Pegelstände der Staudämme Thein am Ravi sowie Reasi am Chenab ausgeschlossen sind.

Bombenanschlag in Karachi tötet französische U-Boottechniker

Ein Bombenanschlag auf den Bus einer französischen Gruppe von Technikern unmittelbar vor dem *Sheraton*-Hotel in Karachi forderte am 8. Mai 14 Todesopfer, darunter elf Franzosen, und 23 Verletzte. Dieser Anschlag auf einen Bus der pakistanischen Marine, welcher die U-Boottechniker vom Hotel abholen sollte, wurde mit einem Pkw durchgeführt, in dem eine Leiche gefunden wurde. Hier auf beruhen Verdachtsmomente eines möglichen Selbstmordanschlages. Nach den ersten Ermittlungen wurden drei Tatverdächtige von der Polizei zur Fahndung ausgeschrieben.

Der französische Terrorismusexperte

Christophe Jaffrelote ging in Karachi davon aus, daß islamische Extremisten aus Pakistan für diesen Anschlag verantwortlich sind. Einige dieser Gruppen seien für Selbstmordanschläge in Kashmir bekannt und rekrutierten ihre Kämpfer auch in Karachi.

Darüber hinaus würde Indien von einer Verzögerung des Agosta-U-Bootprogrammes profitieren, da Pakistan nach der Fertigstellung der drei U-Boote einen strategischen Vorteil gegenüber Indien im Indischen Ozean haben werde. Jedoch wurden die Fähigkeiten der indischen Geheimdienste für solche Terroranschläge als unzureichend eingeschätzt.

US-Botschaft und Konsulate geschlossen

Nach dem Bombenanschlag gegen das Konsulat in Karachi wurden vorsorglich alle Konsulate sowie die Botschaft der USA in Pakistan vorübergehend geschlossen. Schon nach den vorherigen Anschlügen war zudem angekündigt worden, die Präsenz amerikanischen Personals zu reduzieren. Das Amerikanische Zentrum im Geschäftsviertel von Islamabad ist schon seit März diesen Jahres geschlossen.

Die pakistanische Regierung hatte zuvor schon nach dem Kirchenanschlag vom 17. Mai in Islamabad die Sicherheitsmaßnahmen in Nähe der diplomatischen Vertretungen verstärkt.

Nach dem Bombenanschlag auf französische U-Boot-Techniker am 8. Mai und dem späteren Anschlag vor dem amerikanischen Konsulat in Karachi verließen 13.500 Ausländer, darunter 8.000 Euro-

päer und Amerikaner, die pakistanische Wirtschaftsmetropole. Laut Erkenntnissen aus Kreisen der Luftverkehrsgesellschaften verließen auch 1.450 Pakistani mit doppelter Staatsbürgerschaft an ei-

nem einzigen Wochenende das Land. Schon seit dem 11. September 2001 war die Zahl der Ausländer in Karachi rückläufig.

Ex-Minister Omar Asghar Khan tot

Der 48-jährige ehemalige Arbeits- und Sozialminister in der Musharraf-Regierung wurde am 24. Juni erhängt in der Wohnung seines Schwagers in Karachi aufgefunden. Nach Polizeiberichten, basierend auf ersten Untersuchungen am Fundort des Leichnams, liegen Indizien für einen Selbstmord des Politikers vor, der sich für verschiedene Arbeitstreffen in Karachi aufgehalten hatte: In der Wohnung wurde ein handschriftlicher Abschiedsbrief vorgefunden, die Zimmertüre war von innen verschlossen und der Leichnam wies keinerlei Spuren von Gewaltanwendung auf. Demgegenüber wird die Selbstmordthese von seiner Familie angezweifelt, da es von Omar nach ihren Angaben bis zuletzt keinerlei Anzeichen über einen bevorstehenden Freitod gab.

Omar Asghar Khan – Der Mann mit Visionen

Omar Asghar Khan, Absolvent Cambridge-Universität, erlangte Bekanntheit in Pakistan, als er unter der Militärherrschaft von Zia-ul Haq vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität des Punjab suspendiert wurde. Später gründete er ein Forum für Intellektuelle in Abbottabad und arbeitete gegen die damalige Militärherrschaft. Im Jahr 1989 gründete er eine später national und international anerkannte Nichtregierungsorganisation namens *Sungi* und widmete sich als deren Geschäftsführer Aufgaben der Sozialarbeit, wie Gesundheitsvorsorge, Soziale Forstwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, Frauenförderung sowie die Ansiedlung von zwangsumgesiedelten Menschen wie den Opfern des Tarbela-Staudamms. Die Arbeit von *Sungi* konzentrierte sich insbesondere auf abgelegene Bergregionen der *North-West Frontier Province*, wo wiederum die Gründung von Netzwerken lokaler Organisationen gefördert wurde. Schließlich erhielt *Sungi* 1996 den *Asia-Pacific Award* der UN-Kommission für wirtschaftliche und soziale Entwicklung für die beispielhaften Erfolge im

Einsatz für die „menschliche Entwicklung“.

Der dynamische Aktivist verfolgte auch die politische Entwicklung Pakistans und verfaßte eine Weißbuch zu den Wahlen. Schließlich wurde er auch in der *North-West Frontier Province* Vorsitzender der Partei seines Vaters, *Tebrik-i-Istaqlal*, wobei sein Hauptinteresse weiterhin der Projektarbeit galt. Nach der Machtergreifung von General Musharraf wurde er als Bundesminister für Arbeit und Übersee-Pakistani benannt und in die neue Regierung aufgenommen. Ihm werden auch die politischen Reformen zur Stärkung der Lokalverwaltung zugeschrieben und er galt bis zu seinem eigenen Rückzug aus der Regierung als einer der brilliantesten Regierungsvertreter. Nach seinem Ausscheiden gründete er seine eigene politische Partei, *Jamhori Party*, mit der er an den im Oktober geplanten Neuwahlen antreten wollte.

Omar Asghar Khan hinterläßt eine Witwe und drei Kinder.

Übersetzt aus Dawn (Internet-Ausgabe) vom 25. Juni 2002, J. Clemens